

Zwischenlager bleiben länger

Atommüll: Kommunen fordern Beschleunigung der Endlagersuche – Josef Klaus ist Ehrenpräsident, Matthias Oberhofer neuer dritter Vorsitzender von ASKETA

Landkreis/Essenbach/Niederaichbach. (red) Die Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle wird die Standortkommunen deutlich länger beschäftigen als ursprünglich vorgesehen. Welche Folgen dies für die betroffenen Städte und Gemeinden hat und welche Perspektiven es bei Zwischen- und Endlagerung gibt, stand deshalb im Mittelpunkt der ASKETA-Jahrestagung in Salzgitte. Die Vertreter der Standortkommunen suchten dazu den direkten Austausch mit der Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ), der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) und dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE).

Besonders betroffen ist auch der Landkreis Landshut: Mit Essenbach und Niederaichbach liegt hier der Standort der ehemaligen Kernkraftwerke Isar I und Isar II. Der Rückbau der Anlagen wird noch bis in die 2040er-Jahre andauern. Zudem befindet sich am Standort das Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle, betrieben von der BGZ.

Für die Bürgermeister der beiden Standortkommunen, Daniel Braun und Matthias Oberhofer, ist deshalb entscheidend, dass die Region bei der weiteren Entwicklung nicht aus dem Blick gerät. Essenbach und Niederaichbach trügen seit Jahrzehnten Verantwortung für eine Aufgabe von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung.

Besonders wichtig ist für Matthias Oberhofer, Bürgermeister der Gemeinde Niederaichbach und neuer 3. Vorsitzender der ASKETA, die Verantwortung für die Zeit bis zu einer Lösung: Solange es kein End-



Der bisherige Präsident Josef Klaus wurde für sein langjähriges Engagement in der ASKETA einstimmig zum Ehrenpräsidenten ernannt.

Foto: Stephanie Probst

lager gebe, müsse die Sicherheit des Zwischenlagers uneingeschränkt im Mittelpunkt stehen, betont Oberhofer. Braun ergänzt dies um die Forderung nach einer deutlichen Beschleunigung des Verfahrens.

BGZ-Geschäftsführerin Stephanie Bokelmann unterstrich die Bedeutung des direkten Austauschs. „Wir haben die Standorte immer im Blick“, sagte Bokelmann. Dabei gehe es nicht allein um Sicherheit. Die Zwischenlagerung wirke sich auch auf die kommunale Entwicklung aus: Flächen bleiben über lange Zeiträume gebunden und stehen damit für Gewerbe, Wohnungsbau, Infrastruktur oder andere städte-

bauliche Vorhaben nicht oder nur eingeschränkt zur Verfügung. Für die ASKETA gewinnt deshalb die Frage weiter an Bedeutung, wie mit diesen Belastungen der Standortkommunen umgegangen wird.

Schleswig-Holsteiner ist neuer ASKETA-Präsident

Auch die Endlagersuche war zentrales Thema. Für die ASKETA sind belastbare Zeitpläne von entscheidender Bedeutung. Die Erfahrungen der Standortkommunen müssen auch künftig frühzeitig in Entscheidungen einbezogen werden müssen.

Neuer Präsident der ASKETA ist

Olaf Schulze, Bürgermeister der Stadt Geesthacht in Schleswig-Holstein. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden Stefan Martus, Bürgermeister der Stadt Philippsburg in Baden-Württemberg, und Matthias Oberhofer, Bürgermeister der Gemeinde Niederaichbach in Bayern, gewählt. Der bisherige Präsident Josef Klaus wurde für sein langjähriges Engagement in der ASKETA einstimmig zum Ehrenpräsidenten ernannt und bleibt der Arbeitsgemeinschaft auch künftig beratend verbunden. Die ASKETA vertritt 25 Kommunen mit kerntechnischen Anlagen in Deutschland.